



Haushaltsberatungen für 2015 „Am Konsolidierungskurs festhalten“ von Dietmar Helm, Fraktionsvorsitzender

Für die CSU-Fraktion war und ist eine vernünftige, solide und zukunftsorientierte Haushaltspolitik Grundlage unseres politischen Handelns. Dies haben wir auch in den Haushaltsberatungen für 2015 deutlich gemacht. Nachdem unter der Führung des jetzigen Oberbürgermeisters ein Schuldenberg von weit über 300 Mio. Euro angehäuft wurde, bleibt unter ökonomischen Gesichtspunkten nur wenig Gestaltungsspielraum.

war nötig und wurde von uns auch immer so mitgetragen. Als Opposition hätten wir weiter „Geschenke“ verteilen können, doch zum Wohl unserer Heimatstadt sind wir dieser Versuchung nicht erlegen. Wir haben vernunftorientiert gehandelt. Momentan versuchen wir nichts anderes, als die Stadt Fürth aus einer finanziellen Situation herauszuführen, in die sie unter der Führung von OB Jung geraten ist. Aus diesem Grund halten wir weiter am Konsolidierungskurs fest. Wir beschränken uns auf einige wichtige Schwerpunkte, die für uns absolut unverzichtbar für eine vernünftige Entwicklung der Stadt sind.

Jeder Unternehmer weiß, dass er zum richtigen Zeitpunkt Kapital einsetzen muss, um den Erfolg seines Unternehmens zu gewährleisten. Dieser Zeitpunkt ist für uns jetzt beim Thema „Innenstadt“ gekommen. Hier müssen, flankierend zu den Investitionen von MIB, gezielt auch seitens der Stadt Geldmittel eingesetzt werden. Wir haben jetzt die Chance für eine positive Innenstadtentwicklung. Die Kunden, die zur Eröffnung der „Neuen Mitte“ nach Fürth kommen, müssen überzeugt werden, wie schön die Einkaufsstadt Fürth ist. Nur dann werden sie wiederkommen.

Wir fordern ein dynamisches Verkehrsleitsystem. Fürth soll u.a. für Kunden aus dem Umland und den Nachbarstädten attraktiv sein. Dazu gehört, dass sie vernünftig durch die Fürther Straße geführt werden. Auch das kostenlose Parken in der ersten Stunde, die sogenannte Brötchentaste, werden wir erneut fordern. Für uns ein wichtiger Mosaikstein für die positive Entwicklung der Innenstadt und ein deutliches Zeichen an die Kunden: „Seid herzlich Willkommen.“ Ein weiterer Schwerpunkt: Die Berufsschulen 2 und 3. Die bauliche Situation fordert von uns ein Zeichen, dass eine Generalsanierung nicht erst 2018 planerisch beginnt. In 2015



Foto: NK

Die bittere Erkenntnis, dass eine über Jahre hinweg unausgewogene Haushaltspolitik die Stadt Fürth an den Rande des finanziellen Ruins geführt hat, ist für uns nicht neu. Immer wieder haben wir auf die Lage hingewiesen. Für die Stadtspitze und die Mehrheitsfraktion kam die Erkenntnis erst durch massiven Druck der Bezirksregierung. Erst als die kommunale Zwangsverwaltung anstand, haben der OB und die SPD-Fraktion das Sparen für sich entdeckt. Unter der konsequenten Haushaltsführung der Finanzreferentin Dr. Stefanie Ammon wurden teils drastische Einsparungen beschlossen. Das

Standortdiskussion Wochenmarkt

CSU fordert von OB Jung: „Keine Festlegung von Gestaltungsmerkmalen im Vorfeld – Rückkehr zur ergebnisoffenen Diskussion“

Die CSU begrüßt die Einigkeit im Stadtrat, ergebnisoffen über den zukünftigen Standort des Wochenmarktes zu diskutieren. „Gerade deshalb hat es uns aber sehr überrascht, dass Oberbürgermeister Jung entgegen seiner eigenen Aussage bereits Gestaltungsmerkmale für den Fall, dass die Standortwahl auf die Adenaueranlage fallen sollte, festlegen ließ. Für uns absolut nicht nachvollziehbar“, betonen Fraktionschef Dietmar Helm und Kreisvorsitzender Dr. Michael Au. „Diese stehen einer ergebnisoffenen Diskussion entgegen und finden unseres Wissens im zu erwartenden Gutachten keine Berücksich-



Foto: NK, Text: MW, NK

tigung. Wir fordern den OB auf, zum parteiübergreifenden Konsens zurückkehren und erst nach Vorlage des Gutachtens und einem umfassenden Dialog Festlegungen zu treffen.“ Die CSU sei sich bewusst, dass die Adenauer-Anlage ein für die Innenstadt sehr wichtiger und sensibler Bereich mit schützenswerten und auf jeden Fall zu erhaltenden Großbäumen sei.

Aber erst müsse das Gutachten vorliegen, das hoffentlich fundierte Ergebnisse liefere, welcher Standort sich für den Wochenmarkt am besten eignet. Die CSU befürchtet, dass OB Jung mit seinem Vorgehen eine ergebnisoffene Diskussion verhindern will.

Liebe Fürtherinnen und Fürther,

ein ereignisreiches Jahr geht zu Ende. Zuletzt haben wir den Fall der Mauer vor 25 Jahren und die Wiedervereinigung unseres Landes gefeiert. Ein Erfolg der Menschen, die sich im Osten wie im Westen nicht von ihrem Wunsch abbringen ließen in Frieden und Freiheit zu leben. Zu Recht hat Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel deshalb gesagt: „Wir können die Dinge zum Guten wenden.“



In diesem Sinne wünsche ich Ihnen im Namen der gesamten Fürther CSU und ihrer Mandatsträger eine besinnliche Weihnachtszeit, frohe Festtage und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2015.

Ihr Dr. Michael Au
Kreisvorsitzender



CSU-Fraktion fordert neue Planstellen für Berufsfeuerwehr

„Fürth wächst weiter“, so die Aussage des Oberbürgermeisters. „Diese erfreuliche Entwicklung erfordert aber auch ein Nachsteuern in anderen Bereichen. Auch wenn der Oberbürgermeister diese Erkenntnis gerne ignoriert, ist für uns die Sicherheit der Bürger ein Grundpfeiler unserer Politik“, so Fraktionschef Dietmar Helm. „Wir haben als Arbeitgeber Stadt Fürth eine Fürsorgepflicht gegenüber unseren Mitarbeitern, müssen aber auch gesetzlichen Bestimmungen nachkommen. Unsere Feuerwehrler der Berufsfeuerwehr müssen dringend entlastet, das Personal aufgestockt werden. Deshalb fordern wir bei den Haushaltsberatungen verteilt auf zwei Jahre, sechs neue Planstellen“, betonen Helm und Stadtrat Peter Pfann als Pfleger der Feuerwehr. Eine Führungskraft und 16 aktive Feuerwehrler sind nötig, um die gesetzlich vorgeschriebene Mindesteinsatzstärke zu gewährleisten. „Wenn es zu krankheits- oder urlaubsbedingten Ausfällen kommt, müssen die anderen Überstunden machen. Nicht selten arbeiten die Feuerwehrler dann 48 Stunden am Stück.“ Das sei nach geltendem Arbeitsrecht nicht zulässig, denn dieses sehe eine Schicht von 24 Stunden und dann 48 Stunden Freizeitausgleich vor. Damit würde die gesetzliche Vorgabe für die Personalausstattung einer Berufsfeuerwehr, für eine Stadt wie Fürth mit ca. 120.000 Einwohnern wieder erfüllt. „Für uns eine Selbstverständlichkeit.“



Foto: NK, Text: DH, NK, PP

Christian Schmidt: „Klares Nein zur aktiven Sterbehilfe“

In der aktuellen Diskussion zum Thema „Sterbehilfe“ hat Bundesminister Christian Schmidt MdB klar Stellung bezogen. In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 13. November betonte er, dass der Weg zum assistierten Suizid ein Weg sei, der eine Grenze zu überschreiten versuche, die man nicht überschreiten dürfe. „Die Anerkennung der unveräußerlichen Würde des Menschen gilt unabhängig von seinen Eigenschaften oder seiner Leistungsfähigkeit, und sie gilt selbstverständlich auch für das ungeborene Leben, für den Sterbenden oder den Menschen mit Behinderung. Sie ist nicht differenzierbar. Dieses Grundrecht ist für uns unumstritten und bildet die Grundlage unseres menschlichen Zusammenlebens. Deshalb steht für mich fest, dass eine angestrebte Legitimation eines ärztlichen begleiteten Suizids sowie gewerbliche oder gemeinnützige organisierte Sterbehilfe nicht existieren darf.“



©Rike/PIXELIO

Es sei deshalb wichtig, Hospiz- und Palliativmedizin auszubauen. „Wir müssen jedem Menschen, der sich in einer letzten und/oder schwerstkranken Lebensphase befindet, die Möglichkeit geben, sich in die begleitenden Hände von Fach-

personal zu geben, um ein schmerzfreies Lebensende zu gewährleisten“, betonte Schmidt. „Dabei sind Medikamente zur Schmerzlinderung einzusetzen, nicht aber zum bewussten Einsatz, um das Leben zu verkürzen. Aus Achtung vor der Würde des Menschen und um den Zusammenhalt von Familien und die gegenseitige Unterstützung von Familienmitgliedern zu schätzen, kann nur die Schmerzlinderung, nicht aber die aktive Sterbehilfe der richtige Weg sein. In diesem Zusammenhang müssen wir auch die Ausbildung von Ärzten um den Bereich der Hospiz- und Palliativmedizin erweitern.“

MD, NK

Erben und Vererben Nachlass richtig regeln

Gezielt Vererben und Streitigkeiten vermeiden ist für viele ein Grund, schon zu Lebzeiten die Vermögensübertragung festzulegen. Die Möglichkeiten sind vielfältig. Wer nicht möchte, dass die gesetzliche Erbfolge eintritt, sollte mit einem Testament seine Wünsche regeln. Doch wie macht man es richtig? Und wie beteiligt sich der Staat am Erbe? Wer sich auskennt, kann die rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen und seine Erben begünstigen. Im Rahmen einer Veranstaltung der Fürther Frauen-, Mittelstands- und Senioren-Union hat Stadträtin Dr. Andrea Heilmaier im voll besetzten Saal der Gaststätte „Tannenbaum“ über das Thema

Informations
Mehr Informationen unter
www.csu-fuerth.de



Bundesminister Schmidt gibt Startschuss für „BAUnatour“ Wanderausstellung über Bauen und Wohnen

Bauen und Wohnen mit nachwachsenden Rohstoffen – dieses Thema steht im Mittelpunkt der Wanderausstellung „BAUnatour“, für die Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, im November in Nürnberg den Startschuss gegeben hat. Die Ausstellung wird nun durch ganz Deutschland touren.

„Mit nachwachsenden Rohstoffen zu bauen ist ein wesentlicher Baustein, um den Wandel von einer auf fossilen Rohstoffen basierenden Wirtschaft hin zur Nutzung nachwachsender Ressourcen zu unterstützen. Dieses Ziel verfolgen wir auch mit unserer Bioökonomiestrategie“, so der Bundesminister. „Nachwachsende Rohstoffe erfüllen höchste qualitative und gestalterische Ansprüche beim Hausbau oder bei der Modernisierung“, sagte Schmidt und lud Verbraucher, Bauherren und Architekten ein, sich selbst von der Qualität nachwachsender Baumaterialien zu überzeugen. Schmidt besichtigte die Infobox der BAUnatour, die zu über 90 Prozent aus nachwachsenden Rohstoffen gebaut wurde und, wie der Bundesminister befand, mit ihrem Vollholzkörper und der Fassade aus Weidengeflecht auch architektonisch ein Hingucker sei. In

der Infobox informierte sich Schmidt über die Vorteile von Holz als Baumaterial sowie Bodenbelägen aus Sisal und Kork. Er zeigte sich beeindruckt von den hervorragenden Schallschutzeigenschaften natürlicher Dämmstoffe.

„Die BAUnatour, die im Auftrag meines Ministeriums durch die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR) initiiert wurde, liefert Konzepte für unseren Alltag: Das ist gelebte Bioökonomie“, betonte Schmidt.

Mehr Informationen unter: www.bau-natour.de



V.l.n.r.: Ausstellungsorganisator Michael Lohr mit Bundesminister Christian Schmidt und Handwerkern im Gespräch. Foto: GfK

Sechs Millionen für Ludwig Erhard-Haus

Bundesminister Christian Schmidt begrüßt die Einstufung des Ludwig Erhard-Hauses als „national bedeutsames Bauwerk“ und die damit einhergehende Förderung mit sechs Millionen Euro aus dem Fördertopf des neuen Bundesprogramms „Nationale Projekte des Städtebaus“. „Ich freue mich sehr, dass auch ich dazu meinen Beitrag leisten konnte und danke Staatssekretär Florian Pronold und Dr. Anja Weisgerber MdB für die sehr gute Zusammenarbeit.“ Schmidt, der sich schon seit Langem für das geplante Ludwig Erhard-Haus einsetzt, betonte: „Es ist wunderbar, dass der Geist und

das Vermächtnis Ludwig Erhards, dem Begründer der „sozialen Marktwirtschaft“, welche die Grundlage für den großen wirtschaftlichen Aufschwung nach dem Krieg war und bis heute Ordnungsrahmen unserer Wirtschaftspolitik ist, demnächst in Fürth angemessen und zukunftsgerichtet gewürdigt wird.“

Große Freude herrschte darüber auch bei der Fürther CSU-Fraktion, die die Entstehung des geplanten Ludwig Erhard-Zentrums gegenüber dem Geburtshaus von Ludwig Erhard unterstützt. Erst vor Kurzem hatte sich die Fraktion mit Evi Kurz, Vorsitzender des Ludwig-Erhard-Initiativkreises, im Geburtshaus getroffen, um sich über den aktuellen Sachstand der geplanten Baumaßnahme zu informieren.

Die Errichtung des Dokumentations-, Begegnungs- und Forschungszentrums mit einem Kostenvolumen von ca. 15 Mio. Euro werden zu 90 Prozent vom Bund und Freistaat Bayern gefördert. Der Stadtrat bewilligte unlängst mit großer Mehrheit einen kommunalen Eigenanteil von zehn Prozent. „Das Ludwig Erhard-Zentrum und der geplante Erweiterungsbau des Jüdischen Museums in der Königstraße“, erklärte Stadtrat Dr. Joachim Schmidt für die Fraktion, „werden markante städtebauliche Akzente in der Fürther Innenstadt setzen.“

NK, JS



Foto: NK

Bebauung im Fürther Westen

Die Bebauungssituation im Fürther Westen ist angespannt, da z.B. Baugebiete wie der Ausbau des Johannes-Götz-Weges bei den Anwohnern auf großes Unverständnis treffen. So wurden ursprünglich von der Stadt Entwürfe vorgelegt, die für dieses Baugebiet überwiegend Einfamilienhäuser vorsahen. Der Vorschlag eines Bauträgers, fünf Mehrfamilien-, vier Reihenhäuser sowie vier Doppelhaushälften zu errichten, ist aus Sicht des Bauträgers natürlich wesentlich lukrativer. Die CSU hat ebenfalls einen Entwurf unterbreitet. Danach sollen vier Mehrfamilienhäuser zur Parkstra-

ße hin mit einer Tiefgarage und die übrige Fläche nur mit Einfamilienhäusern bebaut werden. Der Wunsch nach einer Tiefgarage wurde aufgrund der sich extrem verschlechternden Parkplatzsituation nach der Bebauung für sehr sinnvoll erachtet. Bei einer Fahrt durch den Fürther Westen ist deutlich festzustellen, dass in vielen Bereichen massiv bebaut wird. Hierdurch wird natürlich der Gesamtcharakter des noch etwas ländlich geprägten Westens extrem verändert. Ob dies auf längere Sicht sinnvoll ist, ist fraglich. Natürlich muss auch die CSU mit vorhandenen Flächenressourcen bedacht umgehen, dies jedoch unter Berücksichtigung von Verkehr und Infrastruktur. P. Brückner

Barrierefreiheit im Fürther Amtsgericht

Petra Guttenberger MdL freut sich sehr, dass im Haushaltsausschuss nun die Investition des Freistaates in die Barrierefreiheit des Fürther Amtsgerichts mit 560.000 Euro beschlossen wurde. Damit kann ein lang verfolgtes Anliegen von ihr umgesetzt werden. „Mir war es ganz besonders wichtig, die Barrierefreiheit der Gerichte weiter voranzubringen“, so Guttenberger, „da es im Wege der Inklusion wichtig ist, dass Bürger auch hier problemlos Zugang haben.“



Sie gehe davon aus und werde sich stark machen, dass die Mehrheit des Plenums im Landtag, die Entscheidung des Haushaltsausschusses mittragen werde.

„Extremen Gruppierungen kein öffentliches Forum bieten!“

„Wir vergessen nicht“, war das Motto, unter dem am 9. November die Gedenkfeier der Stadt für die Opfer der Reichspogromnacht stattgefunden hat. „Oberbürgermeister Jung vergisst aber scheinbar sehr schnell. Erneut bot er der Antifa bei dieser Veranstaltung ein öffentliches Forum und die Gelegenheit zu einem Redebeitrag. Das ist für uns nicht nachvollziehbar und inakzeptabel“, betonen Kreisvorsitzender Dr. Michael Au und Fraktionschef Dietmar Helm.

„Gruppierungen, die wie die Antifa vom Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich eingestuft werden, sind für die CSU keine Gesprächspartner“, stellen Au und Helm klar und fordern alle demokratischen Parteien, vor allem OB Jung und die SPD auf, sich endlich klar zu distanzieren und diesen Gruppierungen kein öffentliches Forum mehr zu geben.

Die CSU hat mehrfach deutlich gemacht, dass sie sich gegen JEDEN politischen Extremismus – ob von rechts oder links – einsetzt. Das gilt weiterhin. Wir akzeptieren nur politische Kräfte, die auf dem Boden unseres Grundgesetzes stehen und dieses achten.“ MA, DH, NK

Andreas Scheuer: „CSU baut Zukunft“ Partei fit machen für neue Herausforderungen

„Ich vermisse eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik“, so CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer MdB bei einer Mitgliederversammlung der Fürther CSU. Die Krisen der Welt und damit verbundene Flüchtlingswellen seien allein von Deutschland nicht beeinflussbar. „Wir nehmen europaweit mit großem Abstand die meisten Flüchtlinge auf, während andere Mitgliedsstaaten diese einfach nach Deutschland durchwinken, ihren diesbezüglichen Verpflichtungen nicht nachkommen und letztlich damit auch gegen das Schengen-Abkommen verstoßen.“

Von der Thematik sei auch Fürth mit der Suche nach weiteren Unterkünften betroffen. Kreisvorsitzender Dr. Michael Au und Fraktionschef Dietmar Helm übten Kritik an den teilweise überzogenen Vorwürfen aus den Reihen der Opposition. „Wir können nicht über Jahre hinweg Unterkunfts- und Versorgungskapazitäten vorhalten.“ Die Entwicklung im Irak und in Syrien sei in diesem Ausmaß nicht vorhersehbar gewesen. Gemeinsames und konstruktives Handeln sei gefragt, um den Menschen, die Hilfe brauchen, auch helfen zu können.

Bundesminister Christian Schmidt MdB machte deutlich, dass sich zwar durch die verschiedenen Krisen in der Welt die Lage der Wirtschaft verkompliziert habe, aber dass unsere deutsche Volkswirtschaft erstaunlich stabil sei. Man solle diese nicht wieder einmal schlecht reden. Es sei missverständlich, wenn nach unten korrigierte Wachstumsprognosen einem wirtschaftlichen Abschwung gleichgesetzt würden. „Aber wir müssen unsere Hausaufgaben machen und angesichts einer hohen Exportquote im globalen Wettbewerb weiter dafür sorgen, dass weltweite Handelsschranken abgebaut werden. Das geht nur im Gespräch und nicht mit Panikmache.“ Er kündigte an, dass die CSU in der Bundesregierung vor allem darauf achten werde, dass der Mittelstand nicht weiter belastet wird.

Die komplizierten „und sehr bunten“ politischen Mehrheitsverhältnisse mit permanent notwendigen Kompromissen in Berlin und Brüssel stellen nach Ansicht des stellvertretenden Parteivorsitzenden eine große Herausforderung für die Union dar: „Klare Mehrheiten gibt es nur in Bayern, überall anderswo muss die Union ihr Profil in einer unübersichtlichen Lage klar darstellen“, was nicht immer gelänge. Nach dem Wahlma-

rathon der letzten Jahre beschäftigt sich die CSU jetzt mit den Plänen zur Weiterentwicklung der Partei. Generalsekretär Andreas Scheuer stellte neue Veranstaltungsformen vor, sprach von Vorhaben zur weiteren Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten durch die Mitglieder und dem Ausbau elektronischer Kommunikationswege. Letztlich müsse die CSU auch neue Wege beschreiten: „Wir wollen aber weiterhin Tradition und Fortschritt in Einklang bringen, und das müssen wir immer wieder verdeutlichen“, so Scheuer.

Unter dem Motto „CSU baut Zukunft“ gehe es dabei um Inhalte, aber auch um die Stärkung der Organisation und Verbesserung der Kommunikationsstrukturen. Die Parteizentrale werde mit einer Fülle von Maßnahmen die örtlichen Verbände von Verwaltungsarbeit entlasten, neue Wege der Partei- und Öffentlichkeitsarbeit aufzeigen und gezielte Nachwuchsförderung betreiben. Kreisvorsitzender Au betonte, dass dies auch die Arbeit des Kreisverbandes vor Ort erleichtern werde, „denn es sind unsere Mitglieder in den sieben Ortsverbänden, die für eine stete öffentliche Darstellung unserer Positionen und unserer Arbeit sorgen.“ NK, PM



Generalsekretär Andreas Scheuer (rechts) freut sich über fränkische Köstlichkeiten, überreicht von Kreisvorsitzendem Dr. Michael Au. Foto: NK

Impressum der Sonderbeilage:

V.i.S.d.P.: CSU-Kreisverband Fürth-Stadt
Kurgartenstr. 37, 90762 Fürth
Tel. 0911 / 740 72 30

Redaktion: Nadine Kämmerer
Layout: Ronald Morawski



Kreisverband FÜRTH-STADT



Foto: M. Ammon

Gefährliche Kreuzung: Würzburger - / Narzissenstraße

Schauplatz Burgfarnbach! Die Sperrung der Bernbacher Straße bringt eine schwierige Verkehrssituation im westlichen Ortsteil mit sich. Bei den Autofahrern zehrt die Behinderung an den Nerven und auch die Anwohner zwischen Bernbacher, Würzburger und Külshelmstraße müssen die Situation geduldig ertragen. Die Baumaßnahmen dauern immerhin bis Sommer 2015. „Zum Glück wird die Sperrung des besagten Gebiets weitestgehend von den Autofahrern befolgt und die Umleitung über Seukendorf akzeptiert. Dadurch habe sich jedoch das Verkehrsaufkom-

men in der Würzburger Straße entsprechend erhöht. Die Situation erschwere nun das Einfahren von der Narzissenstraße aus kommend zusätzlich. Die Sicht in die vorfahrtsberechtigten Straße sei hier oft durch parkende Fahrzeuge beeinträchtigt. Um die Kreuzung etwas zu entschärfen und das Einfahren zu erleichtern, hat unsere Fraktion beantragt, einen Spiegel auf der gegenüberliegenden Straßenseite anzubringen. Bewährt sich der Spiegel, soll er nach der Umleitungssituation hängen bleiben. Es wäre wünschenswert, wenn die Verwaltung dem Antrag folgt und somit die Sicherheit an dieser unübersichtlichen Kreuzung gewährleistet.

M. Ammon